

Bürokratie der Wohlmeinenden

Die neue Verordnung zur Regelung der Strassen-, Fenster- und Salonprostitution will uns glauben machen, sie sei eine Wohltat für die Sexworker_innen und die Stadtbevölkerung. Die AL sieht das kritisch.

Geschaffen wird eine bürokratische Verwaltung eines Teils des Geschäfts mit käuflichem Sex. Nicht nur wer einen Salon betreibt, auch wer sich auf der Strasse oder im Fenster anbietet, braucht zukünftig eine Bewilligung. Ohne Ausnahme, also auch Schweizer_innen. Dies bringt, nebst Kosten und Papier, der Stadtpolizei a) ein Prostituiertenregister und b) die Möglichkeit, alle ohne Bewilligung tätigen Prostituierten mit Repression zu bekämpfen. Ersteres finden wir unnötig und für einen linken Stadtrat eine etwa so befremdende Idee wie z.B. ein Schwulenregister. Zweiteres zeigt, wie unsere Gesellschaft glaubt, Probleme lösen zu können. Doch Prostitution wird, Verordnung hin oder her, weiterhin auch ausserhalb der Fängen des Staates stattfinden: via Internet, in Hinterzimmern, draussen, ennet den Stadtgrenzen, etc. Gut gemeint, die PGVO, doch unseres Erachtens wird sie keine Verbesserung der Situation bringen. Prostituierte, die heute arbeiten, ohne dass sie Probleme verursachen, bringt diese Verordnung nur mehr Bürokratie. Diejenigen hingegen, welche die PGVO schützen möchte, werden vermehrt in die Illegalität abgedrängt.

Bevor wir heute demokratisch die neue Verordnung ausdiskutieren, hat der Stadtrat längst Tatsachen geschaffen. Nebst anderen Massnahmen säubern Sondertrupps der Polizei seit längerem die Langstrasse, faktisch eines der traditionellen Rotlichtviertel, rigoros von Sexworker_innen. Gentrification grüsst einmal mehr unübersehbar. Die neuen Bewohner_innen, die man in den Kreis 4 holen will, sollen ein cleanes Trendquartier antreffen. Lärm generierende Clubs scheinen noch einigermaßen drin zu liegen, doch Prostitution passt nicht ins Bild. Für uns gehört diese aber genauso in unsere Strassen wie Junkies, Bezirksrichter und die Lädlibesitzerin von nebenan.

Die AL plädiert dafür, dass Sexarbeit differenziert betrachtet wird, denn sie findet in den unterschiedlichsten Formen und Stufen von (Un-)Freiwilligkeit statt, dass, wo Bedarf besteht, vertrauensvolle und repressionsfreie Betreuung stattfinden kann, die auch staatlich alimentiert wird, und dass wir als Gesellschaft zu diesem Gewerbe stehen, statt es auf Brachland hinter Zäune zu verstecken.

25. Januar 2012

Alecs Recher, 079 452 07 61